

Aktuelle Arbeitskämpfe im Sozial- und Gesundheitsbereich

Podiumsdiskussion. Ein Bericht

Die Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen unsichtbarer Arbeit sichtbar zu machen, war Ziel der Podiumsdiskussion „Aktuelle Arbeitskämpfe im Sozial- und Gesundheitsbereich“ der Wiener Interessengemeinschaft work@social am 3. Juni 2015 im „Club International“.

Als DiskutantInnen berichteten der Betriebsratsvorsitzende von Pro Mente Oberösterreich Johannes Reiter, Banu Celik, Betriebsratsvorsitzende von Context (arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) und CARE Revolution über den Kampf gegen weitere Einsparungen.

Es war ein spannender Abend, der keinen Zweifel ließ, dass die von manchen bewusst in die falsche Richtung gesteuerte öffentliche Diskussion dazu beiträgt, die Ungleichbehandlung von Berufsgruppen zu fördern, indem die belastende Arbeitssituation einiger herausgehoben und anderer verschwiegen wird. Mit der medialen Diskussion um Sparpakete im Sozial- und Gesundheitsbereich geht der erfolgreiche Versuch einher, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen: Berichtet wird in der „Prime Time“ des Fernsehens vorrangig von den Arbeitsbelastungen gut verdienender, top ausgebildeter Mitglieder der Berufsgruppe wie z.B. ÄrztInnen. Das Budget wird mit Hilfe niedriger Gehaltsabschlüsse, befristeter Arbeitsverträge, Verringerung des Personals, Änderungskündigungen, Standortzusammenlegungen und Vernichtung von Arbeitsplätzen „entlastet“ – das trifft vom Primar bis zur Heimhilfe alle!

Die Konsequenzen tragen dabei zum Großteil die schlechter bezahlten

KollegInnen; so gibt es z.B. im AKH Wien zwar 1.900 ÄrztInnen, aber nur 3.000 diplomierte Pflegekräfte ...

Der Sozial- und Gesundheitsbereich steht seit 15 Jahren ständig unter Budgetdruck; bewährte Leistungen sind heute mit weniger Budget und erhöhten Betreuungsschlüsseln zu erbringen. Bereits die Umsetzung von kollektivvertraglichen Gehaltsabschlüssen ist oft ein Problem. Wir alle leiden unter immer kürzeren Zeitvorgaben, da unsere Aufgaben mit immer weniger oder mehr Aufgaben bei gleichbleibendem Personal zu erledigen sind. Auch die öffentliche Diskussion über die moralische Unzulässigkeit von Arbeitskämpfen zielt darauf ab, dass wir uns nicht für unsere Interessen einsetzen, indem wir uns fragen „Dürfen wir denn das, während unsere KlientInnen aufs Klo müssen?“

Sich aktiv zu solidarieren ist gerade für die inhomogenen Berufsgruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich ein notwendiger Schritt, der Spaltung entgegenzuwirken und mehr Geld für diese Leistungen und ihre NutzerInnen zu erreichen. In diesem Kampf ist Fantasie gefragt und sind neue Methoden des kollektiven Protests einzusetzen wie zum Beispiel der Pflegeflashmob – organisiert von CARE Revolution am 1. Mai 2015 oder beim Internationalen Tag der Pflege. Dieser zeigte deutlich: Uns reicht's!

Es braucht ein geschlossenes Vorgehen aller Berufsgruppen, um klarzustellen, dass gute Arbeit gute Bedingungen braucht: Wer könnte schon gesund werden in einem kranken System?



Streikdrohung bringt's

Der für 16. Juni geplante Streik im Sozialbereich in Oberösterreich wurde kurz davor durch eine BetriebsrätInnen-Konferenz abgesagt. Wurden die Kürzungen zurückgenommen? Wurde die bedarfsgerechte Finanzierung des Sozialbereichs zugesichert? Teils: Zugesichert wurde,

dass bei einem Ausbau der Leistungen (!) der Beschäftigtenstand nicht reduziert und das Land OÖ die Gehaltserhöhungen abgelten wird.

Insofern war die Abwehr von noch massiveren Einschnitten erfolgreich – ein gesellschaftspolitischer gewerkschaftlicher Kampf für die ausreichende Fi-

nanzierung des Sozialbereichs und für gesunde Arbeitsplätze ohne permanent steigenden Arbeitsdruck sieht jedoch anders aus.

Doch die Streikplanung liegt fix und fertig in der Schublade ... und die KollegInnen sind jederzeit bereit, sie dort wieder rauszuholen!

Regionalforum der GPA-djp

Am 21. und 22. April fand das nur alle fünf Jahre stattfindende Regionalforum der GPA-djp Wien statt. Dabei handelt es sich um das höchste Gremium unserer Gewerkschaft auf Landesebene. work@social hat insgesamt vier Anträge gestellt, die auch alleamt angenommen und mit Ausnahme eines Antrages, der sich speziell mit der Situation in Wien auseinandersetzt, zur weiteren Behandlung an das Bundesforum im Herbst weitergeleitet. Der Antrag

„Neue gewerkschaftliche Herausforderungen im Bereich Demenz und Migration“ fordert für die Arbeit mit dementen MigrantInnen u.a. die Erhöhung des Betreuungsschlüssels und die Verringerung der Arbeitszeit.

Der Antrag „Pflege zu Hause muss als Schwerarbeit anerkannt werden“ fordert z.B. eine verpflichtende SEG-Zulage, finanziert von der öffentlichen Hand für alle daran beteiligten Berufsgruppen. Der Antrag „Gute Arbeit braucht gute Ausrüstung“

fordert die Zurverfügungstellung von zweckmäßiger Arbeitskleidung durch die Betriebe oder andernfalls deren steuerliche Absetzbarkeit.

Der Antrag „Nein zum sozialen Backlash in Wien“ schließlich erneuert die Forderung nach einer Sozialmilliarde, spricht sich für die Initiierung politischer, gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampagnen für mehr Ressourcen und kollektive Protestmaßnahmen zur Abwehr von Einsparungen und Kürzungen aus.